

Frauenquote locker erfüllt

Nun auch Ostprignitz-Ruppin erstmals mit Doppelspitze

Um es gleich vorweg zu nehmen, unser Kreisparteitag am 28. Februar fand in einer sehr erfrischenden Atmosphäre statt, es wurde nicht nur gewählt, sondern auch rege und inhaltlich diskutiert, wichtige Anträge wurden behandelt und verabschiedet.

In guter Tradition sind zu Beginn durch den Kreisvorsitzenden Ronny Kretschmer die Neumitglieder Marion Wenzel, Manuel Henschel, Sven Lippke, Justin König, Danilo Schlaack, Mario Strücker und Lukas Blank ganz herzlich begrüßt worden.

In seinem Bericht ging unser scheidender Kreisvorsitzender auf bewegte 2 Jahre ein, die hauptsächlich von Wahlkämpfen gekennzeichnet waren. Aber auch die Partei/der Kreisverband stehen vor einem Wandel, Kräftegrenzen sind erreicht. Der hohe Altersdurchschnitt (68 Jahre im Land Brandenburg), sinkende Mitgliederzahlen und Beitragseinnahmen, eine ausgedünnte Landtagsfraktion erfordern neue und vielleicht auch manchmal unkonventionellere Herangehensweisen an die Lösung von Problemen. Unser Kreisverband ist mit einem Durchschnittsalter von 60 der jüngste im Land, dafür ein herzlicher Dank an die »AG Junge GenossInnen« mit ihrem Vorsitzenden Paul Schmudlach an der Spitze.

Um die Arbeitsfähigkeit für die Zukunft aufrechterhalten zu können, ist es wichtig, den Staffeln weiterzureichen und neue Genossen heranzuführen und einzubinden.

Neben aktuellen Aspekten wie der Integration von Flüchtlingen, der Lösung

von Konflikten auf der Welt mit Vernunft und nicht mit militärischen Mitteln ging Ronny Kretschmer noch einmal auf den Unrechtsstaatsbegriff im Thüringer Koalitionsvertrag ein. Dieser findet keine Mehrheit in unserer Partei, es war die Entscheidung der Thüringer Genossen, nicht der Partei. Die anstehende Gebietsreform sollte gut durchdacht und mit den Bürgern gemeinsam (nach einer vorherigen Funktionalreform) angegangen werden.

Weitere Baustellen für die Zukunft sieht er unter anderem im Ausbau der politischen Bildung im Kreisverband und in der Verbesserung der internen Kommunikation der Abgeordneten der Parlamente und innerhalb der Fraktionen.

In den neuen Kreisvorstand wurden gewählt:

- Rita Büchner, Vorsitzende
- Paul Schmudlach, Vorsitzender
- Anette Bock, stellv. Vorsitzende
- Joachim Behringer, stellv. Vorsitzender
- David Hölker, Kreisschatzmeister
- Hartmut Buschke, Kreisgeschäftsführer
- Doris Hochschild
- Astrid Kailuweit-Venhaus
- Marita Köhn
- Kirsten Tackmann
- Marion Wenzel
- Karl-Otto Kaschull
- Uwe Witt

Der Kreisfinanzrevisionskommission gehören an:

- Ilona Reichert
- Hans Schaefer



Die neue Doppelspitze des Kreisverbandes DIE LINKE. OPR - Rita Büchner und Paul Schmudlach

In der sehr anregenden Debatte sprachen die Mitglieder viele sie bewegende Probleme an, teilweise auch sehr emotional wie Jörg Mahncke, der sich noch nicht in der Bundesrepublik mit ihren sozialen und gesellschaftlichen Problemen angenommen sieht. Im Zusammenhang mit der Diskussion um den Begriff »Unrechtsstaat« fragten sich einige Genossen, ob man es mit seinem Gewissen vereinbaren kann, in dieser Partei zu verbleiben - darum auch der Antrag an den Kreisparteitag.

Andrew Förster gab die Gründung der »AG LINKS« bekannt und rief alle auf, sich aktiv zu beteiligen und einzubringen. Unsere Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann findet es toll, wenn viele Genossen sich einmischen. Sie war auch nicht immer mit allen Entscheidungen, z.B. in der Landespolitik, einverstanden, sagte aber auch, dass man Kompromisse suchen und mit ihnen leben muss.

Margitta Mächtigt, Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag, überbrückte die Tagungspausen sehr flexibel und in lockerer Form mit Informationen zu allgemein interessierenden Fragen wie Gesprächen

Folgende Anträge wurden einstimmig oder mit großer Mehrheit angenommen:

1. Wahl einer quotierten Doppelspitze.
2. Den 70. Jahrestag der Verkündung der Demokratischen Bodenreform in Kyritz angemessen würdigen.
3. Energiewende ja, aber für eine soziale, ökologische und dezentrale Energieversorgung im Interesse der Region.
4. Dasein heißt Ankommen, nicht Wegbleiben - Mobilität für alle.
5. Nazi-Aufmarsch blockieren!
6. Der Kreisparteitag lehnt die Formulierung »Die DDR war ein Unrechtsstaat« ab.

Vergesst sie nie!

Am 17. April - Gedenkveranstaltung im Belower Wald

Die Rote Armee war nicht mehr weit entfernt, das Kriegsende war abzusehen - da wurden am 21. April 1945 die 33.000 Häftlinge des KZ Sachsenhausen - und um die gleiche Zeit auch die Häftlinge vom KZ Ravensbrück, unter ihnen Frauen und Kinder - in Richtung Nordwesten auf den berüchtigten Todesmarsch getrieben.

Dieser Todesmarsch in mehreren Kolonnen, auch durch unseren Kreis - eine durch Herzberg, Neuruppin, Herzprung, Wittstock, Putlitz, eine andere durch Löwenberg, Lindow, Rheinsberg, Flecken Zechlin, Belower Wald, Grabow, Meyenburg - bis nach Rabensteinfeld vor Schwerin, wo sie von sowjetischen und amerikanischen Truppen befreit werden konnten, war in der Geschichte ohnegleichen. Bei nasskaltem Wetter mussten die Häftlinge, notdürftig bekleidet, viele nur in Holzpantinen, sich Tag für Tag endlos viele Kilometer dahinschleppen, bei Kälte im Freien übernachteten (rund 16.000 zum Beispiel im Belower Wald). Wer zu schwach war durch die Lagerhaft, durch Krankheit und Hunger, oder sich aus Kartoffel- und Rübenmieten am Wegrand etwas zu essen holen wollte, wer zurückblieb oder umfiel, wurde von den SS-Bewachern kaltblütig erschossen...

Den Weg von tausenden Häftlingen durch unseren Kreis kennzeichnen seit vielen Jahren die Gedenktafeln vom Todesmarsch, die in den genannten und weiteren Orten vielfach gut gepflegt werden. Auf Friedhöfen gibt es Grabstätten, wo die getöteten Opfer begraben liegen.

Der VVN-BdA Westmecklenburg-Schwe-

rin veranstaltet in diesem Jahr wieder eine Aktionsfahrradtour - die 6. bereits - zur Erinnerung an die Todesmärsche. Sie steht unter dem Titel »Unterwegs für Menschlichkeit und Frieden, gegen Neofaschismus!«

Am Freitag, 24. April 2015, werden die Radfahrer, von Lübz und Ganzlin kommend, zum Belower Wald und weiter nach Wittstock fahren, wo sie übernachteten und vorher, am Abend, mit Wittstocker Genossen und anderen Antifaschisten zusammentreffen.

Die 3. Etappe der Tour (ca. 45 km), führt dann am Samstag, 25. April, von Wittstock (Abfahrt 10 Uhr in Scharfenberg) über Herzprung und Rägelin nach Neuruppin, voraussichtlich zum MittenDrin, wo sie ebenfalls mit Genossen der LINKEN und Jugendlichen zusammenkommen. Auf der 4. Etappe am Sonntag, 26. April, fahren sie schließlich über Lichtenberg und Sommerfeld nach Sachsenhausen (ebenfalls ca. 45 km).

Nahezu hundert Überlebende aus 13 Ländern sind in diesem Jahr anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung des KZ Sachsenhausen zur großen Gedenkveranstaltung am 17. April (14 Uhr) im Belower Wald eingeladen.

Gerade auch angesichts der wachsenden Versuche von heutigen Nazis und Rechten, wieder Rassenhass, Feindlichkeit und Gewalt gegenüber Flüchtlingen und Andersdenkenden zu schüren, sollten wir als Deutsche und Bürger unseres Kreises diese Gedenkveranstaltung zu einem großen Beweis für Frieden, Völkerfreundschaft und gewaltfreies Zusammenleben aller Menschen werden lassen!



Unverhohlen brachten die »Freien Kräfte« ihre Genugtuung über den Polizeieinsatz zu Silvester am MittenDrin zum Ausdruck. Sie freuten sich, dass die Polizei die »antideutschen Krawallmacher« diesmal nicht mit »Samthandschuhen« anfasste. (Hallo, Ihr Neonazis! - Wer wurde denn bei der letzten Demo eingekesselt?)

Kommentar

Eine Chance für Europa

Dass die EU-Politik gegenüber Griechenland und den anderen Krisenländern Europas absurd ist, das war uns Linken in Deutschland schon längst bewusst.

Jetzt haben die europäischen Linken einen gemeinsamen Aufruf unter dem Titel: »Hoffnung für einen demokratischen Aufbruch in Europa« vorgestellt. Ausgehend vom Wahlsieg von Syriza in Griechenland ergeben sich Chancen für einen »grundlegenden Richtungswechsel in der Europäischen Union«, betonten u.a. Pierre Laurent, Chef der Europäischen Linken (EL); Bernd Riexinger, Parteivorsitzender DIE LINKE und Maite Mola, Vereinigte Linke (IU) Spanien. Die Linksparteien erklären sich mit Griechenland solidarisch, unterstützen die Forderung nach fairen Verhandlungen über eine Anschlussfinanzierung ohne Kürzungs- und Privatisierungsvorgaben. Die Linksparteien schlagen eine europäische Schuldenkonferenz nach dem Muster der Londoner Konferenz von 1953 vor, von der die alte BRD profitierte. Das Ziel sollte aber nicht nur die Beendigung der Schuldenkrise, sondern die Einschränkung der Macht der Banken sein.

Ob ein Politikwechsel auch in anderen Staaten möglich ist, wird sich in diesem Jahr bei zwei Wahlen (Kommunal und Land) in Spanien zeigen, wo die linke Gruppierung »Podemos« zur Zeit die stärkste politische Kraft ist.

Unser Vorsitzender Bernd Riexinger ist davon überzeugt, dass sich durch den Sieg von Syriza in Griechenland die Chancen für neue, links dominierte Regierungsbündnisse in Europa verbessert haben. Riexinger warnte aber auch vor der »Gruppe neoliberaler Dogmatiker« in Europa, denen es nicht um Schuldenabbau geht, sondern ums »Verramschen öffentlichen Eigentums«, darum, die Massen mit dem Kampf ums nackte Überleben zu beschäftigen. Es gibt »keine Perspektive für Europa, wenn wir die Nachbarn zu Bettlern machen«, so Riexinger. In Bezug auf die europäische Politik zu Griechenland sagte er weiter, dass man die Kürzungen nicht mit Gewalt durchsetzen kann, da dies zum Ausscheiden Griechenlands aus der Euro-Zone führen könnte. Das würde für Europas Bevölkerung sehr teuer.

Achim Müller

Die Revolution wird es noch nicht sein! Dies ist ein Aufruf zum Mitmachen!

Da Bewegung bekanntlich von Bewegten kommt, haben sich einige Genossen des Kreises dazu entschlossen, sich zu bewegen, um etwas in Bewegung zu setzen.

Wir geben hiermit die Gründung der AktionsGruppe LINKS bekannt.

Wir wollen uns in der Region aktiv einmischen in/durch Aktionen und Kampagnen, eigene Standpunkte weiterentwickeln und solidarisch sein.

Wir werden Aufmerksamkeit erregen, präsent sein, die »Anderen« und auch mal uns selbst auf die Schippe nehmen, Spaß haben und dabei aktiv auf Gesellschaftsprozesse einwirken.

Die Probleme in unserer ländlichen Region sind vielschichtig, seien sie sozialer, struktureller, ökologischer, wirtschaftlicher Natur. Hier gilt es, die Debatte zu führen und unser Profil zu schärfen. Wir wollen unsere Reaktionsfähigkeit verbessern und unsere Aktionsfähigkeit wiederherstellen!!!

Jung und Alt sind dazu aufgerufen, sich an der Entwicklung der AG LINKS mit Rat und Herz zu beteiligen. Denn wie wir alle wissen, ist jedes Herz eine revolutionäre Zelle. Uns ist bewusst, dass das wieder zusätzlich Zeit und Nerven kostet. Aktionismus, politischer Gestaltungswille und Lebensfreude sollen unser Antrieb sein, Spaß und gesellschaftliche Veränderung unser Lohn.



Erste Aktionen sind bereits in Planung/Vorbereitung:

- 6. 6. »TddZ« in Neuruppin verhindern
 - Sommerfest Wittstock
 - Kampagne zum ÖPNV in der Region.
- Ansprechpartner ist Freke Over unter 033923/71425 und freke@freke.de.**

Jeweils montags dient das Büro in Wittstock von 12-15 Uhr als Info- und Koordinierungspunkt.

AG LINKS
Januar 2015

Bei uns können Sie Visionen haben und niemand schickt Sie zum Arzt. DIE LINKE.

Linke Politik wirkt - und es bewegt sich doch etwas

Die Wahlprogramme der LINKEN. Rheinsberg 2010 und 2014 waren voll von konkreten Politikvorschlägen für Rheinsberg. Eine selbstbestimmte Stadtentwicklung. Wozu? Poliklinik? - So ein DDR-Relikt. Altenwohnen? Als wenn wir nicht schon genug Alte haben. Ein Hospiz??? Dem demographischen Wandel entgegenwirken, durch besseren ÖPNV, Jugendclubs, Pflegeheime, Dorfarbeiter, Jugendarbeiter, Bibliothek. Unrealistisch, brauchen wir nicht, nicht zu finanzieren - das waren so die gängigen Antworten auf unsere Anträge und Vorschläge.

Unser erster Erfolg war, dass eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung von Rheinsberg nach 6 Jahren zu der Einsicht kam, dass Jugendarbeit

doch notwendig ist. Ein zweiter Schritt war die Wiedereröffnung der Bibliothek, die eine breite konservativ - sozialdemokratische Mehrheit ein Jahr vorher geschlossen hatte. Inzwischen wird ein integriertes Stadtentwicklungskonzept erarbeitet, ein B-Plan ist in Aufstellung, mit dem die alte Poliklinik wiederentstehen könnte. Die Verhandlungen für besseren ÖPNV in und um Rheinsberg über Kreis- und Ländergrenzen führt die »Grokoli« (Ganz große Koalition plus LINKE - laut stellvertretendem Landrat Nüse).

All das können wir, als auch noch geschrumpfte Fraktion der LINKEN, natürlich nicht alleine durchsetzen. Viel Überzeugungsarbeit ist immer wieder notwendig. Und dann entsteht unser Problem, wie es DIE LINKE auch in der Landes-

regierung erlebt - andere schmücken sich mit unseren Vorschlägen und verkaufen sie als ihre Erfolge.

Was wir leider bis jetzt nicht in konkrete Politik umsetzen konnten, ist die Wiedererlangung der gymnasialen Oberstufe für die Heinrich-Rau-Schule, dabei wäre das einer der wichtigsten Schritte für eine dauerhafte Steigerung der Attraktivität Rheinsbergs. Doch solange es dagegen Widerstände in der Stadt und leider auch an der Schule gibt, ist ein solcher Kraftakt nicht zu schaffen.

Aber wir bleiben dran, auch an vielen anderen Projekten, damit es endlich Lösungen für die drängenden Probleme auch im klein-klein der Kommunalpolitik gibt.

Freke Over

Fortsetzung von Seite 1

Frauenquote locker erfüllt

mit der Elterninitiative zur Veränderung des Einschulungsalters, zum Asylbewerber-Gipfel, zur Verwaltungsreform und zu Aufgaben und Möglichkeiten des kommunalpolitischen Forums.

Vor dem Abschluss der Veranstaltung mit dem gemeinsamen Gesang der »Internationale«

wurde unser langjähriger Kreisvorsitzender Ronny Kretschmer offiziell verabschiedet.

Die Mitglieder des Stadtvorstandes der LINKEN Neuruppin, der Redaktion Märkische Linke, die Neuruppiner Diensthabenden in der Geschäftsstelle und einige andere Genossen, die mit

Ronny schon seit Jahren zusammenarbeiten, haben ihm am Rande des Kreisparteitages ebenfalls ein herzliches Dankeschön ausgesprochen. Zur Erinnerung hatten sie zusammengelegt und ihm einen Bildband über Brandenburg (damit er seinen neuen Arbeitsbereich noch besser kennenlernt) und das neueste Neuruppin-Buch (damit er »seinen« Kreisverband nicht vergisst) überreicht.

Jürgen Schubert

Bundestagsreport

Regionale Landwirtschaft stärken

Auf kaum ein Thema wird man bei den Abgeordneten-Sprechstunden so oft angesprochen wie auf die Landwirtschaft. Dabei richtet sich aber die Kritik nicht an die Landwirtschaft an sich. Aber Megaställe, Antibiotika-Missbrauch, zu viel Chemie und zu wenig Bienen sowie die Agrotechnik werden breit abgelehnt.

Es ist gerade der LINKEN wichtig, einerseits diese Kritik aufzugreifen, andererseits aber auch den landwirtschaftlichen Betrieben die Hand zu reichen, denn sie müssen unsere Verbündeten sein, wenn wir die Probleme lösen wollen. Ob es wirklich einer »Agrarwende« bedarf, wie es im Antrag der Grünen heißt, der Anlass zur Agrardebatte im Bundestag war, sei dahingestellt. Gerade die Betriebe, in denen die das Sagen haben, die vor Ort wohnen, können und sollen für einen Dialog zu einer nachhaltigeren Landwirtschaft gewonnen werden. Sie bieten nicht nur Arbeit und Einkommen in der Nachbarschaft. Für sie ist auch die Hilfe beim Dorffest und beim Winterdienst noch selbstverständlich. Ob der Dialog klappt,



ist übrigens eher nicht von der Größe des Betriebes abhängig. Positive Beispiele gibt es bei Familienbetrieben wie auch bei klug geführten GmbH's - und erst recht bei Genossenschaften. Es ist unverständlich, dass diese ostdeutschen Erfahrungen nach wie vor in Westdeutschland ignoriert werden.

Das Gegenmodell zu diesen regional verankerten Betrieben sind Agrarunternehmen wie zum Beispiel eine Holding, die auf 22.000 ha Ackerbau betreibt, an 40 Standorten vorwiegend in Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Das ist »Land Grabbing« (Begriff für die illegitime oder illegale Aneignung von Land, oft durch wirtschaftlich oder politisch durchsetzungsstarke Akteure) auf Kosten der ortsansässigen

Betriebe. Mit Landwirtschaft im Interesse der Region hat das nur begrenzt zu tun. Aber mit diesem Geschäftsmodell lässt sich wohl viel Geld verdienen. Deshalb kauft vagabundierendes Kapital jetzt Äcker und Wiesen. Auch von der bundeseigenen BVVG, die mit politischem Auftrag die ehemaligen volkseigenen

Flächen der DDR an Meistbietende europaweit verkauft. Mit der Folge, dass die Bodenkauf- und Pachtpreise unterdessen so hoch sind, dass sie mit dem Erlös aus landwirtschaftlicher Arbeit nicht mehr bezahlt werden können. **In Gefahr ist damit aber auch ein politischer Konsens seit dem 2. Weltkrieg: die Sicherung einer breiten Streuung des Bodeneigentums.**

DIE LINKE hat darauf jahrelang hingewiesen, leider bisher vergeblich. Nun hat der Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften Vorschläge auf den Tisch gelegt. Zum Beispiel sollen Veräußerungen von Anteilsverkäufen landwirtschaftlicher Unternehmen genehmigungspflichtig werden. Auf jeden Fall muss nun endlich gehandelt werden, damit nachhaltig wirtschaftende Betriebe eine Chance haben.

Und aus Anlass des 8. März sei auf die traurige Tatsache hingewiesen, dass unser Land in Sachen weibliche Betriebsleiterinnen die rote Laterne hat, während in Österreich und in Griechenland die Quote viermal so hoch liegt. Das ist peinlich und muss sich dringend ändern.

Kirsten Tackmann, MdB

Den Bund bei der Finanzierung der Rüstungsaltslasten in die Pflicht nehmen!

Krieg verursacht unermessliches Leid - und eine ganze Menge gefährlichen Müll. Hierzu zählen auch Waffen und Munition aller Art. Seit dem 9. Mai 1945 stellt sich in Deutschland die Frage - was mit den ganzen Waffen, Bomben, Granaten passiert - und vor allem, wer die Kosten für ihre Entsorgung trägt. Rechtlich betrachtet wird ganz klar unterschieden. Die Bundesrepublik haftet als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches für »reichseigene Munition«. Das sind Überreste von Produktionsanlagen, Übungsplätzen oder deutschen Truppenverbänden.

Aber es gibt auch noch die Waffen derjenigen, die sich den deutschen Versuch, mit Panzern die Welt zu erobern, nicht gefallen lassen wollten. Deutschland wurde schließlich bombardiert, weil Deutschland fast ganz Europa mit Krieg überzogen hat. Hautnah erlebbar wird dieser Teil der Geschichte beispielsweise in Oranienburg

immer dann, wenn es heißt: »Evakuierung - Entschärfung einer Fliegerbombe«.

Die Bundesrepublik Deutschland verstand sich seit ihrer Gründung als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches. Doch was die anfallenden Kosten für die Entsorgung alliierter Munition angeht, sieht sich der Bund nicht in der Verantwortung, sodass Kommunen und Bundesländer die anfallenden Kosten alleine tragen müssen.

Auf Initiative der Bundesländer Niedersachsen (damals CDU-FDP-regiert) und Brandenburg hat der Bundesrat deshalb im September 2011 und erneut im Juli 2014 das Gesetz zur Rüstungsaltslastenfinanzierung mit breiter Mehrheit beschlossen. Ziel des Gesetzes ist die Beteiligung des Bundes an den Räumungskosten. Im Bundesrat waren sich alle einig: Egal ob reichseigene oder alliierter Fliegerbombe - für die Entsorgung muss in erster Linie der Bund haften.

Und seitdem? Sowohl die Union-FDP-, als auch die Union-SPD-Koalition haben das Thema ausgesessen. Seit 2011 warten die Bundesländer vergeblich darauf, dass die Bundesregierung das Gesetz in den Bundestag einbringt. Die Rechnung ist klar - je länger gewartet wird, desto mehr Munition wurde in der Zwischenzeit entsorgt und umso niedriger werden die Kosten, die der Bund zu tragen hat. Wo die schwarze Null regiert, müssen die berechtigten Interessen der eigenen Landesregierungen hinten an stehen.

Die Linksfraktion wird diesen Zustand nicht länger hinnehmen. Im Mai werden wir den Beschluss des Bundesrates in den Bundestag einbringen. Damit haben SPD und Union die Möglichkeit, ihren eigenen Beschluss zum Gesetz zu erheben und den Bund endlich in die Verantwortung zu nehmen. Zeit wird es!

Norbert Müller
(leicht gekürzt)

Unrecht macht noch keinen Unrechtsstaat

Was ist ein Rechtsstaat, was ist ein Unrechtsstaat und gibt es noch etwas dazwischen? Seit die Thüringer Wahlgewinner der LINKEN sich mit ihren Koalitionspartnern darauf verständigt haben, die DDR im gemeinsamen Koalitionsvertrag als Unrechtsstaat zu bezeichnen, gibt es in Teilen unserer Mitgliedschaft erhebliche Irritationen.

Nein, ein Unrechtsstaat war die DDR nicht. Die DDR war Mitglied der UNO, hatte eine durch Volksabstimmung beschlossene Verfassung, eine eigene Währung und eine Regierung. In der internationalen Staatengemeinschaft hatte sie zumindest in der zweiten Lebenshälfte den gleichen Rechtsstatus, wie ihr westlicher Nachbarstaat, die Bundesrepublik Deutschland.

Ja, es gab in der DDR Unrecht. Wer betroffen war, wird nicht darüber nachdenken wollen, ob es viel oder wenig Unrecht war. Für die Betroffenen war es einfach unerträgliches Unrecht. Aber war die DDR deshalb ein Unrechtsstaat? Ab wie viel Unrecht ist ein Staat ein Unrechtsstaat und bei wie wenig Unrecht beginnt der Rechtsstaat? Das ist schlicht eine Frage der persönlichen Sichtweise, denn eine völkerrechtliche Definition, was ein Unrechtsstaat sein könnte, gibt es nicht, kann es auch nicht geben.

Pauschalisierung behindert gerechte Beurteilung

Die pauschale Aburteilung der DDR als Unrechtsstaat verhindert die Auseinandersetzung mit dem tatsächlichen Unrecht in der DDR. Wer das ganze System ablehnt, muss nicht mehr darüber nachdenken, was wirklich Unrecht war und was eventuell erhaltenswert gewesen wäre. Für eine Gesellschaft, die nach einfachen Lösungen sucht, mag das vielleicht attraktiv sein. Für die Aufarbeitung der Geschichte und die nötigen Schlussfolgerungen ist die undifferenzierte Betrachtung der DDR als Unrechtsstaat völlig untauglich, ja sogar gefährlich, weil sie die historisch einmalige Grausamkeit des faschistischen Staates relativiert.

Das wissen auch diejenigen, die darauf bestehen, diesen Begriff pauschal zu verwenden und machen ihn deshalb, bewusst oder unbewusst, zum ideologischen Kampfbegriff in der politischen Auseinandersetzung. Wie weit dürfen wir ihnen entgegen kommen, wenn es darum geht, politische Kompromisse zu finden? Ob

Unrechtsstaat ist eine abwertend gebrauchte Bezeichnung für einen Staat, der kein Rechtsstaat ist. Es handelt sich um ein politisches Schlagwort.

Historisch-politische Diskussion

Lothar de Maizière, letzter Ministerpräsident der DDR, bezeichnet die Vokabel »Unrechtsstaat« als unglücklich, da der Begriff unterstelle, dass alles, was dort im Namen des Rechts geschehen ist, Unrecht gewesen sei. Auch die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan lehnt die pauschalisierende Anwendung des Begriffs »Unrechtsstaat« auf die DDR ab. Zwar sei die DDR kein Rechtsstaat gewesen, ihre einseitige Beschreibung als Unrechtsstaat stelle aber Arbeit und Leben sämtlicher ehemaligen DDR-Bürger unter einen moralischen Generalverdacht.

Juristischer Diskurs

Demgegenüber meint Ingo Müller (Jurist, Autor, war u. a. Professor für Straf- und Strafprozessrecht), dass genauso wenig der Unrechtsstaat an sich existiere wie ein Staat, der sich ein für allemal den Ehrentitel »Rechtsstaat« erworben habe, sodass die einzelnen stattgefundenen Unrechtsakte jeweils für sich bewertet werden müssten.

Das Bundesverfassungsgericht hatte gegenüber der DDR stets »eine vorsichtige und letztlich nichts präkludierende (ausschließende) Entscheidungsstrategie befolgt: Man hat sich geweigert, die andere deutsche Republik als ‚den Unrechtsstaat durch und durch‘ zu betrachten [...]«

Quelle: Wikipedia (gekürzt, CC BY-SA 3.0)

die Thüringer bis an die Grenze gegangen sind oder darüber hinaus, wird man wohl erst später bewerten können.

Das Unrecht in der Gegenwart sehen

Überhaupt ist es sehr schwer, das Haar in der Suppe der Gegenwart zu finden. Das traf für die handelnden Personen in der DDR genauso zu, wie für die Politiker, die jetzt Verantwortung haben. Gibt es in der Bundesrepublik des Jahres 2015 kein

Es ist richtig, das Verhältnis der LINKEN zur DDR mit historischem Abstand neu zu bewerten. Es ist aber falsch, und da hat der CDU-Politiker Diestel (siehe sein Interview im nd vom 10. Februar) durchaus recht, die eigenen historischen Wurzeln völlig zu vergessen. **Deshalb war es auch richtig, dass der Kreisparteitag entschieden hat, den Begriff Unrechtsstaat im Kreisverband nicht zu verwenden.** Diese Entscheidung wird die Welt zwar nicht verändern. Es schadet aber auch nicht, den eigenen politischen Akteuren zu signalisieren, dass es in unserer Partei noch immer viele Mitglieder gibt, die sich ihre Geschichte nicht schlechter machen lassen wollen, als sie war. Weil diese Geschichte auch Teil der LINKEN ist.

Hartmut Buschke

Antrag an den Kreisparteitag DIE LINKE. OPR am 28.02.2015

vom Regionalverband Rheinsberg/Lindow

Der Kreisparteitag lehnt die Formulierung
»Die DDR war ein Unrechtsstaat« ab.

Heinz Karwath und Uwe Witt
für den Regionalverband

Unrecht? Das Empfinden vieler Rentner, Niedriglohnempfänger oder Hartz-IV-Bezieher, in dieser Gesellschaft benachteiligt zu sein, ist ja nicht unbegründet. Die ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen lässt sich schon lange nicht mehr mit Leistungsunterschieden begründen. Und wer würde abstreiten wollen, dass ein unterschiedliches Rentenrecht, 25 Jahre nach dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik, Unrecht ist? Dabei soll es hier gar nicht um die Aufrechnung von Unrecht gehen, sondern nur darum, dass hinterher immer alle klüger sind, dass es aber besser wäre, vor der eigenen Haustür zu kehren.

Kurznachrichten

Veränderungen in der Kreistagsfraktion DIE LINKE

Auf der Fraktions Sitzung am 19. Februar wurde der Fraktionsvorstand neu gewählt:

Doppelspitze: Rita Büchner

Freke Over

Stellvertreter: Sylvia Zienecke

Dieter Groß

Die Besetzung des Kreis- und Finanzausschusses wurde wie folgt festgelegt:

Mitglieder : Rita Büchner

: Dieter Groß

Stellvertreter: Sylvia Zienecke

Freke Over

Im örtlichen Beirat vertritt uns:

Hartmut Buschke

Lisa Riedel zum Neunzigsten

Am 31. März hat Lisa Riedel Geburtstag. Es ist der Neunzigste. Aus diesem Anlass sei daran erinnert, dass sie über ein Vierteljahrhundert - von 1958 bis 1986 - das Neuruppiner Heimatmuseum leitete und es zu einer Kultur- und Bildungsstätte entwickelte, die nicht nur von den Bewohnern unserer Region und ihren Lehrern und Schülern geschätzt wurde, sondern weit über die Stadtgrenzen hinaus ein Anziehungspunkt für Tausende von Besuchern war.

Für ihre herausragende Leistung erhielt die Diplomhistorikerin 1987 den sehr selten vergebenen Titel Obermuseumsrat.

Die Stadt Neuruppin ehrte sie für ihr Schaffen im Jahre 2000 mit dem Fontane-Preis und ernannte sie 2004 zu ihrer Ehrenbürgerin.

Nun sind diese Ehrungen in der Vergangenheit mehrfach Anlass gewesen, die Arbeit der Jubilarin angemessen zu würdigen. Aber ein neunzigster Geburtstag - noch dazu nach der glanzvollen Wiedereröffnung unseres erweiterten Museums - fordert natürlich dazu heraus, erneut einen Blick zurück zu werfen und uns daran zu erinnern, was diese Frau an Bemerkenswertem geleistet hat.

Zunächst wurden unter ihrer Leitung gesammelte Altertümer des Landrats von Zieten und die zahlreichen Sachzeugen der Geschichte, die auch seine Nachfolger in ehrenamtlicher Arbeit hinzugefügt haben, nach wissenschaftlichen Erkenntnissen gesichtet und der jeweiligen Entstehungszeit zugeordnet.

So entstand ein Museumskonzept, das einerseits die Geschichte unserer Region von den ersten Siedlungsspuren an über die Zeit der Slawen, der Arnsteiner, des Mittelalters bis zur Gegenwart widerspiegelte, andererseits aber auch unsere ortsspezifischen Besonderheiten gebührend hervorhob, so Fontane und Schinkel, die Künstler von Gildenhall und die Neuruppiner Bilderbogen. Heute liegt ein solches Konzept zahlreichen Museen zugrunde. Damals - um 1960 - musste diese Denk- und Gestaltungsweise erst erprobt und durchgesetzt werden. Lisa Riedel und ihren Mitarbeitern gebührt das Verdienst, bei dieser Art der Museumsgestaltung zu den Schrittmachern in Brandenburg zu gehören.

Ein zweiter Schwerpunkt ihrer Arbeit war die Planung und Gestaltung wechselnder Ausstellungen, so zu Walter Kuphal, Moritz Pretsch, Wilhelm Gentz, Otto Niemeyer-Holstein, Karl Friedrich Schinkel, Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff, Albrecht Dürer, Lucas Cranach, Marc Chagall,

Curt Querner u.a. sowie Bilderbogen-Ausstellungen zu verschiedenen Themen, die zum Teil in anderen Städten sowie im Ausland gezeigt wurden. Mit mehr als hundert Wechsellausstellungen sorgte Lisa Riedel dafür, dass das Neuruppiner Heimatmuseum auch überregional einen klangvollen Namen bekam.



In besonderer Weise - und das war **ein dritter Schwerpunkt ihrer Arbeit** - hat sich Lisa Riedel um die weitere Erforschung unserer Heimatgeschichte und deren Publizierung verdient gemacht.

Die Jubilarin war in einem an den Idealen von Marx und Engels orientierten Elternhaus aufgewachsen, hatte in ihrer Kindheit materielle Not durch Arbeitslosigkeit ihres Vaters selbst kennen gelernt und später die geringe Entlohnung der Fabrikarbeit am eigenen Leibe erfahren. Das prägte sie fürs Leben und schärfte ihren Blick für die Sorgen und Nöte der kleinen Leute. Und so ist es nur folgerichtig, dass sie sich in ihrer Forschung vor allem den sozialen Fragen und historischen Wendepunkten der Ruppiner Geschichte widmete: So der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848/49 (ihre Diplomarbeit), der Novemberrevolution und den Arbeiter- und Soldatenräten, dem Generalstreik der Neuruppiner Arbeiterschaft gegen den Kapp-Putsch, dem großen Landarbeiterstreik im Ruppiner Land 1922 und vor allem dem Jahre 1945 mit dem Todesmarsch der KZ-Häftlinge von Sachsenhausen, dem 1. Mai als Tag der Befreiung Neuruppins, den Aktivisten beim schweren Neubeginn und der Bodenreform.

Des weiteren galt ihr Interesse auch hervorragenden Persönlichkeiten unserer Geschichte. So forschte sie zu Ferdinand von Quast, Landrat von Zieten, Schinkels

Wirken für Neuruppin, Ferdinand Möhring, Prof. Max Wiese, den Künstlern von Gildenhall (Hoffmann, Jaensch, Mögelin, Lehmann-Borges, Mutz) ebenso wie den Antifaschisten und Aktivisten des Wiederaufbaus Trude Marx, Erich Dieckhoff, August Fischer, Franz Maecker, Franz Cyranek, Anna Hausen, Erich Schulz.

Des weiteren publizierte sie zum alten Neuruppiner Rathaus, zum Klappgraben, zu den Wallanlagen, zu Gentzrode, dem Predigerwitwenhaus, zum Tempelgarten und dem Königsdenkmal.

Getreu dem Vermächtnis des Museumsgründers, des alten Zieten, beschränkte sich Lisa Riedel in ihrer Forschung keineswegs auf die Stadt Neuruppin. So verfasste sie eine ganze Artikelserie zur Geschichte von Alt Ruppin als dem Herrschaftszentrum des Ruppiner Landes - sowohl zu slawischer als auch zu deutscher Zeit -, von wo aus auch die Gründung Neuruppins erfolgte. Weitere Veröffentlichungen gab es zu Werder, Radensleben, Molchow, Zechlinerhütte, Dabergotz...

Auch wenn diese Aufzählung hier unvollständig bleiben muss (Verleger Günter Rieger hat das mehrfach sehr viel ausführlicher dargestellt), zeigt sie doch beeindruckend, wie diese Frau ihre gesamte Lebensleistung in den Dienst unserer Heimat gestellt hat. Bleibt noch zu bemerken: Lisa Riedel pflegte ständig den Erfahrungsaustausch mit anderen musealen Einrichtungen, auch außerhalb unserer Landesgrenzen.

Sie legte größten Wert auf die Zusammenarbeit mit den Heimatforschern vor Ort und hat aus dieser Sicht 1981 auch unsere Kulturbundgruppe RUPPINER GESCHICHTE mit gegründet.

Die Mitglieder Deiner Kulturbundgruppe, liebe Lisa, gratulieren Dir auf das herzlichste zu Deinem Geburtstag! Wir alle sagen Dir ein großes Danke für Deinen Fleiß und den umfangreichen Schatz an Erkenntnissen und Geschichten, die Du für unsere Stadt, das Ruppiner Land und unsere Gäste erforscht und veröffentlicht hast.

Wir schätzen Deine Fachkompetenz und Parteilichkeit genauso wie Deine Hilfsbereitschaft, Bescheidenheit und Freundlichkeit und wünschen Dir auch weiterhin persönliches Wohlergehen!

**Im Namen der Kulturbundgruppe Ruppiner Geschichte
Elli und Siegfried Schwanz**

(Bestätigt in der Mitgliederversammlung der Kulturbundgruppe am 26.02.2015)

Grüße aus Nymburk

Viele herzliche Grüße und Glückwünsche zum Internationalen Frauentag übermittelte die ehemalige Vorsitzende der tschechischen Frauenorganisation in der Neuruppiner Partnerstadt Nymburk, Blanka Hurtova, an die Genossinnen der LINKEN in Neuruppin.

In einem Brief an die ehemalige Kreisvorsitzende des DFD Ruth Iffländer, die seit Jahrzehnten im Briefwechsel mit den tschechischen Genossinnen steht, schickte sie diese Grüße und betonte, dass sie sehr gern an ihre Besuche in Neuruppin zurückdenkt.

Ausstellung im Landtag

Die in Neuruppin schon bekannte Ausstellung »erlesene Fontane-Frauen« (2014/15 etliche Monate zu sehen in der Galerie der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN) wird - um einige Bilder und Texte von der Künstlerin Marianne Kühn-Berger erweitert - seit 3. März im Potsdamer Landtag am Alten Markt 1 gezeigt.

Die Ausstellung findet anlässlich der Brandenburgischen Frauenwoche statt. Sie wurde von der Landtagsabgeordneten Anita Tack unter zahlreicher Beteiligung von Landtagsabgeordneten und Gästen eröffnet.

Ein seltener, doch gern gesehener Gast

Im übervoll besetzten Kapitelsaal des Kloster Stift zum Heiligen-grabe war am 6. März Gregor Gysi, der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der LINKEN, zu Besuch.

Interessante Fakten und Hintergründe zu aktuellen Fragen waren das von allen sehr interessiert verfolgte Thema des Nachmittags. Leider war nicht viel Zeit für eine ausführliche Diskussion.

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	1.04.	Ruth Rauter	in Wittstock	zum	82.
Am	5.04.	Ulrich Noack	in Wittstock	zum	68.
Am	7.04.	Ilona Reinhardt	in Neuruppin	zum	67.
Am	10.04.	Helga Kuball	in Bantikow	zum	75.
Am	10.04.	Heinz Venhaus	in Katerbow	zum	80.
Am	11.04.	Waltraud Brauer	in Neuruppin	zum	86.
Am	13.04.	Willi Soffner	in Schönberg	zum	86.
Am	14.04.	Jörg Mancke	in Vielitz	zum	75.
Am	16.04.	Gerhard Pätzold	in Alt Ruppín	zum	85.
Am	24.04.	Frank Jeschke	in Kyritz	zum	60.
Am	25.04.	Lisa Chucher	in Alt Ruppín	zum	83.
Am	29.04.	Sabine Berndt	in Schönberg	zum	65.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

Und unserer LINKEN in Braunsberg, Christiane und ihrem Mann Norbert Schwarz, alle guten Wünsche zur *Goldenen Hochzeit* am 27. März 2015!

IM DIALOG

DIE LINKE.
BRANDENBURG

Regionalkonferenz in Pritzwalk

Für Ihre Fragen stehen Ihnen u.a. der Landesvorsitzende **Christian Görke**, die Politiker der LINKEN **Helmuth Markov** und **Diana Golze** sowie die Abgeordneten der LINKEN **Thomas Domres**, **Stefan Ludwig** und **Ralf Christoffers** zur Verfügung.

Donnerstag, 26. März 2015, 18:30 Uhr
Zur Alten Mälzerei, Meyenburger Straße 5, Pritzwalk
Livestream: www.dielinke-brandenburg.de

Es geht gut voran

Die jungen Leute vom Jugendwohnprojekt MittenDrin - unterstützt von Fachleuten und anderen Helfern - arbeiten kräftig im alten Neuruppiner Bahnhof.

Vor nunmehr fast zwei Jahren hatten sie ihn bekanntlich mit Hilfe von Krediten gekauft und bauen ihn zu einem soziokulturellen Zentrum aus. Paul Schmudlach vom MittenDrin berichtete uns, dass der Wohnbereich (12 Wohnungen) bis auf wenige Ausnahmen - der »Feinschliff« fehlt noch - fertiggestellt ist. Jetzt arbeiten sie konzentriert im Veranstaltungsbereich, wo noch ein großes Stück Arbeit bevorsteht. Maler- und Tapezierarbeiten u.a. führen die Jugendlichen selbst durch. Elektroarbeiten werden von Fachleuten bzw. Firmen erledigt. Auch von ihnen, wenn man sie anspricht, gibt es eine große Hilfsbereitschaft.

20-25 Jugendliche vom MittenDrin sind bei den Arbeiten regelmäßig mit dabei. Es gibt, so Paul Schmudlach, keinen »Chef« im alten Sinne, aber Oliver Leonhardt ist der Ansprechpartner und auch derjenige, der gewissermaßen die Organisation in der Hand hat. Denn bis zum Umzugstermin im Spätsommer wollen sie alles schaffen!

Woanders gelesen

- 127 Millionen Euro muss der deutsche Steuerzahler gemäß »Abkommen mit den Gästestreitkräften« aufbringen, um der US-Armee ein Krankenhaus in der Pfalz zu bauen.
- Das Bundesfamilienministerium musste einräumen, dass für 41,5 % der Kinder unter 3 Jahren kein Betreuungsplatz zur Verfügung steht. Der Fehler wurde bereits vom Ministerium unter Frau von der Leyen gemacht, als man falsche Bedarfszahlen als Berechnungsgrundlage verwendet hat.
- Die Linksfraktion im Landtag hat vorgeschlagen, den 8. Mai, den Tag der Befreiung, als offiziellen Gedenktag (aber nicht arbeitsfreien Tag) festzuschreiben. Eine mit der SPD abgestimmte Änderung des Feiertagsgesetzes soll noch im März vom Landtag beschlossen werden. »Es geht uns nicht um »staatlich verordnetes Feiern von oben«, sondern um die Aufmerksamkeit für einen besonderen Tag, der von vielen Initiativen vor Ort auf ganz unterschiedliche Weise begangen werden kann.«

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

DIE LINKE. Kreisvorstand OPR
IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61,
BIC: GENODEF1NPP
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppín eG

Kulturbundgruppe lädt ein

Die Kulturbundgruppe RUPPNER GESCHICHTE hatte am 26. Februar 2015 in ihrer monatlichen Zusammenkunft Landgerichtspräsident Simons zu Gast. Es war für die Mitglieder und Gäste, unter anderem vom Historischen Verein, ein sehr aufschlussreicher Nachmittag über das Gerichtswesen früher und heute in Neuruppin und im jeweiligen Wirkungsbereich der Gerichte.

Der Landgerichtspräsident, der aus dem

westlichen Teil Deutschlands kommt und in Neuruppin seit rund 20 Jahren mit seiner Familie die »Wahlheimat« gefunden hat (und es war wohlthuend, zu spüren, dass es ihnen hier sehr gefällt), brachte in knapper, interessanter Form viel Wissenswertes zu Gehör, auch über bürgernahe Gerichte zu DDR-Zeiten.

Seine Einladung, das Gericht und z.B. Verhandlungen o. ä. durch die Kulturbundgruppe einmal selbst zu besuchen, wird sicher wahrgenommen werden.

Interessante Vorhaben

In diesem Jahr 2015 hat sich die Kulturbundgruppe wieder viel vorgenommen. Am 26. März wird Verleger Günter Rieger über Ferdinand Möhring, den Namensgeber unseres bekannten Alt Ruppiner Männerchores, sprechen. Im April (an einem Samstag!) soll das Strittmatter-Haus in Schulzenhof und der kleine Friedhof besucht werden. In der Diskussion wurde angeregt, dort den bisher kaum gezeigten Film über Eva Strittmatter anzusehen.

Im Juni wollen wir die Gedenkstätte des Todesmarsches der KZ-Häftlinge von Sachsenhausen im Belower Wald (übrigens die einzige Gedenkstätte in Deutschland über den Todesmarsch!) aufsuchen.

Im September wird Dr. Böthig vom Tucholsky-Literaturmuseum Rheinsberg über den Wissenschaftler Alfred Wegener (Zechlinerhütte) sprechen, für Oktober wurde die jüngste Ministerin des Landes, Diana Golze, eingeladen (und hat bereits zugesagt, zu kommen!).

Im November wird uns Görn Lehmann mit der Geschichte des Finowkanals bekannt machen, und schließlich wird das Jahr beschlossen mit der Weihnachtsfeier am 10. Dezember.

Zu den Veranstaltungen, die in der Regel am letzten Donnerstag des Monats stattfinden, sind wie immer Gäste stets gern gesehen.

ch-

Termine

(Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Montag, 30.03.15	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch, 01.04.15	Eröffnung Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten Margitta Mächtig 15.00 Uhr, Kyritz - Linkseck, Wilsnacker Str. 1
Donnerstag, 09.04.15	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock 17.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Montag, 13.04.15	Stadtverordnetenversammlung Neuruppin 18.30 Uhr, Rathaus A, K.-Liebknecht-Str.
Montag, 13.04.15	Mitgliederversammlung DIE LINKE. RV Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Mittwoch, 15.04.15	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 16.04.15	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Freitag, 17.04.15	Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag der Befreiung des KZ Sachsenhausen ab 14.00 Uhr, Gedenkstätte Todesmarsch im Belower Wald
Mittwoch, 22.04.15	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 17.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P. : Paul Schmudlach, E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Redaktion: Christa Horstmann, Achim Müller, Jürgen Schubert, Marco Wiese.

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«; stellv. Mitglied im Petitionsausschuss, im Ausschuss für »Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit« und im »Beratenden Ausschuss für Fragen der niederdeutschen Sprachgruppe«; Vertreterin im Verwaltungsrat des »Absatzförderfonds der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft«.

Tel.: 030/22774309
Fax: 030/22776308
Funk: 0173/3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**
Tel.: 033971/32857
Fax: 033971/32893
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Die.-Do. 09.00 - 12.00 Uhr

Sprechzeiten von Dr. Kirsten Tackmann bitte im Wahlkreisbüro nachfragen.

Bürgerbüro der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Wahlkreismitarbeiter **Joachim Behringer**
Schinkelstr. 13, Neuruppin;
Tel.: 03391/2383
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 09.00 - 12.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Vorsitzende der Kreistagsfraktion DIE LINKE - Rita Büchner u. Freke Over

Tel.: 03391/655420

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin Kreisgeschäftsstelle Neuruppin

Schinkelstr. 13, Neuruppin;
Tel.: 03391/655420
Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de

Sprechzeiten:
Die. u. Do. 09.00 - 12.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Hartmut Buschke**
Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz

Wilsnacker Str. 1, Kyritz;
Tel.: 033971/72086
Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de

Sprechzeiten:
Die. 10.00 - 13.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock

Marktgasse 2, Wittstock;
Tel.: 03394/4031363/-64/-65
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de

Sprechzeiten:
Die. 09.00 - 11.00 Uhr
Do. nach Vereinbarung

Die namentlich gezeichneten Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
Erscheinungsdatum:

Do., 02.04.2015
Mi., 15.04.2015